Sicherheit für alle

die ÖVP gibt Antwort auf die Fragen der Gegenwart und der Zukunft

Liebe Wählerin! Lieber Wähler!

Wahlen sind immer Entscheidungen.

Allerdings Entscheidungen, deren Bedeutung und deren Ausmaß von Wahl zu Wahl verschieden ist, wenn sie auch auf jeden Fall die Weichen für die Politik in Österreich auf Jahre hinaus stellen.

Je größer die Entscheidung ist, um die es bei einer Wahl geht, um so größer ist auch die Pflicht jedes einzelnen durch die Ausübung seines aktiven Stimmrechtes seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden.

Wenn einmal gewählt und die Entscheidung für die nächsten Jahre gefallen ist, dann ist zu spät!

Am 6. März geht es um eine Entscheidung von größter Tragweite:

Durch den Beschluß der österreichischen Kommunisten, in allen bis auf einen Wahlkreis für die Sozialisten zu stimmen, ist die rote Volksfront der KPÖ und SPÖ um über 50.000 Stimmen näher an der absoluten Majorität als die Österreichische Volkspartei.

Es geht also um die Entscheidung, ob Österreich seinen Weg als Demokratie im westlichen Sinne geradeaus weitergeht oder die Linksabzweigung „Volksfront“ beschreitet.

Die Entscheidung, ob und wie man am 6. März wählt, ist also von wesentlicher Bedeutung für die Zukunft aller Österreicher.

Der politisch reife und verantwortungsbewußte Wähler wird seine Wahlentscheidung erst nach gründlicher Überlegung und Prüfung der politischen Parteien, ihrer Programme, ihrer führenden Persönlichkeiten, ihrer bisherigen Leistungen treffen.

Er wird also Fragen an die Österreichische Volkspartei haben.

Die wichtigsten und häufigsten der an sie gerichteten Fragen will die ÖVP mit dieser Broschüre beantworten.

Treffen Sie die richtige Entscheidung, geben Sie der ÖVP am 6. März Ihre Stimme!

(Bundeskanzler Dr. Josef Klaus)

Der Wähler fragt:

Was ist das Wahlziel der ÖVP?

Das Wahlprogramm 1966 der ÖVP ist ein Arbeitsprogramm und gilt für die Legislaturperiode die auf die Wahlen vom 6. März 1966 folgt.

Dieses vierjährige Arbeitsprogramm geht von der Annahme aus, daß das österreichische Volk der ÖVP am 6. März 1966 jene klare Mehrheit gibt, die für die Arbeitsfähigkeit der Regierung und die Entscheidungsfähigkeit des Parlaments erforderlich ist.

Die ÖVP strebt einen Wahlausgang an, der sie in die Lage versetzt, dieses Wahlprogramm auch gegen neuerliche Versuche der Behinderung und der Sabotage in die Tat umzusetzen und so eine erfolgreiche Politik für alle Österreicher durchzuführen.

In diesem Sinne ist das Wahl- und Arbeitsprogramm der ÖVP ein Programm der Zusammenarbeit, für die allerdings neue, zeitgemäße und zielführende Formen gefunden werden müssen.

Der Wähler fragt:

Wofür will die ÖVP ihre klare Mehrheit einsetzen?

Die ÖVP ist entschlossen, im vollen Ausmaß des ihr vom österreichischen Wähler zuerkannten politischen Einflusses in Regierung und Parlament vor allem die nachfolgenden Programmpunkte durchzusetzen:

1. Verstärkter Schutz aller Österreicher vor Machtmißbrauch und politischer Willkür durch Reform der Grund-und Freiheitsrechte.

2. Vorrang im Staatshaushalt für die Ausbildung unserer Jugend und für die Forschung.

3. Neuordnung von Hörfunk und Fernsehen im Sinne des Volksbegehrens.

4. Klare Europapolitik und beschleunigter Vertragsabschluß mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unter Wahrung unserer Neutralität.

5. Hilfe für junge Ehepaare und sozial Schwache durch Beseitigung der ungerechten und unsozialen Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft und Verwirklichung unseres Wohnungsprogramms.

6. Verstärktes Wachstum der Wirtschaft als Voraussetzung für Steigerung der Einkommen, Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen, Steuerermäßigung, Geldwerterhaltung und Bekämpfung des Preisauftriebes durch:

\*Sanierung der Bundesbahnen – Abbau ihres Milliardendefizites

\*Dauerhafte Lösung der Gesamtprobleme der Verstaatlichten Industrie – Abbau ihrer Defizite

\*Beschleunigte Annahme der Wirtschaftswachstumsgesetze im Parlament

\*Sparsamkeit und Modernisierung in der öffentlichen Verwaltung

\*Reform der Umsatzsteuer

Im Ausmaß des Erfolges der vorstehenden Maßnahmen wird die Österreichische Volkspartei im Parlament beantragen:

\*Milderung der Steuerprogression durch neuerliche Reformen im Einkommen(Lohn-)steuersystem.

\*Gerechte Familienbesteuerung und Ausbau des Familienlastenausgleichs.

7. Sicherung der Renten und Pensionen.

8. Schutz des persönlichen Eigentums und Förderung der Eigentumsbildung.

9. Zügiger Ausbau der Autobahnen und der anderen verkehrswichtigen Straßen.

10. Agrarpolitik zur Erhaltung und Stärkung eines leistungsfähigen und freien Bauerntums.

11. Schutz unserer Neutralität durch Sicherung der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres und Annahme des Landesverteidigungsplanes.

12. Einordnung der wichtigsten Staatsaufgaben in eine längerfristige Budgetpolitik.

Der Wähler fragt:

Wie will die ÖVP Freiheit und Recht jedes einzelnen Staatsbürgers schützen?

Was Österreich braucht ist eine Reform, ein Ausbau und eine Sicherung der Grund- und Freiheitsrecht seiner Bürger.

Bundeskanzler Dr. Klaus selbst steht an der Spitze eines Kollegiums hervorragender Wissenschafter, die an der Reform der Grund- und Freiheitsrechte arbeiten.

Durch diese Reform wird der Schutz jedes einzelnen Staatsbürger vor totaler Staatsmacht, kollektiver Willkür und jeglichem Mißbrauch von Macht garantiert und ausgebaut werden.

Jedem Bürger dieses Landes muß der Freiheitsraum gesetzlich gesichert werden, der notwendig ist, um sicher und zufrieden leben zu können.

Dieser Schutz gilt auch hinsichtlich willkürlicher Versetzungen von öffentlich Bediensteten.

Das gleiche gilt für die Verhinderung des politischen Mißbrauches der Arbeitsmarktpolitik durch Einschränkung der persönlichen Freiheit jedes einzelnen bei der Berufs- oder Arbeitsplatzwahl.

Der gleiche Schutz muß aber auch der Familie und der kleinen Gemeinschaft, der Gemeinde und dem Bezirk gegenüber Willkür und Machtmißbrauch stärkerer und mächtigerer Institutionen gewährleistet werden.

Ebenso sind die Länder durch Stärkung ihrer Rechte vor zentraler Machtwillkür zu schützen.

Einer Reform des österr. Strafrechtes wird die ÖVP nur zustimmen, wenn sie von den Wertvorstellungen ausgeht, die unserer Gesellschaftsordnung zugrunde liegen, d. h. von der Willensfreiheit und persönlichen Verantwortung des einzelnen.

Die Bestimmungen zum Schutze des werdenden menschlichen Lebens, zum Schutz von Ehe und Familie sowie über strafbare Handlungen gegen Sittlichkeit und den religiösen Frieden müssen so gefaßt sein, daß sie der Weltanschauung der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung Rechnung tragen.

Die ÖVP wird sich auch in Zukunft für eine für die Südtiroler annehmbare Lösung ihres Problems auf der Basis einer echten legislativen und administrativen Autonomie Südtirols mit dem Ziel der Erhaltung des ethnischen und kulturellen Charakters und der Sicherung des wirtschaftlichen Wohlergehens der Südtiroler einsetzen.

Der Wähler fragt:

Was will die ÖVP für unsere Jugend, für Bildung und Forschung machen?

Was Österreich braucht, ist eine noch bessere Ausbildung seiner Jugend und mehr Mittel für die Forschung.

Die ÖVP bekennt sich zu dem Prinzip, daß bei den öffentlichen Mitteln nicht zu Lasten, sondern zugunsten der Jugend gespart werden soll.

Die österreichische Volkspartei wird für die Realisierung der modernen Bildungsgesellschaft eintreten.

Österreichs Bestehen in der Welt von morgen hängt zu einem wesentlichen Ausmaß davon ab, ob es gelingt, alle in unserem Volk vorhandenen Begabungen voll zu entwickeln.

Die ÖVP wird daher für die Erfüllung des jedem jungen Österreicher zustehenden Rechtes auf Bildung – im Ausmaß seiner Begabung und seines Leistungswillens – sorgen.

Die Ausbildung unserer Jugend hat für die ÖVP Vorrang vor anderen Aufgaben und Ausgaben des Staates.

Dieser Vorrang für die Ausbildung unserer Jugend war im Budget des ÖVP-Finanzministers Dr. Schmitz für 1966 vorgesehen, ist aber durch die Ablehnung des Budgets durch die Sozialisten verhindert worden.

Durch den Vorrang der Ausbildung und der Forschung wird die ÖVP aber nicht nur die traditionelle Position Österreichs im Geistesleben Europas sichern, sondern dafür sorgen, daß durch die bevorzugte Förderung von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung das Wachstum unserer Wirtschaft und der steigende Wohlstand aller weiterhin gesichert bleiben.

Die ÖVP tritt für die Förderung lebender österreichischer Künstler ebenso ein, wie für die Erhaltung jener großen Kulturgüter, die ohne ernste Anstrengungen gefährdet wären und wird sich für die Aufrechterhaltung unserer Bühnen und Konzerthäuser einsetzen.

Die ÖVP fordert eine ausreichende Förderung nicht nur der Spitzensportler sondern auch des Massensportes auf breitester Grundlage vor allem durch die Errichtung allgemein zugänglicher Sportstätten.

Der Wähler fragt:

Wie wendet die ÖVP das Rundfunkt-Volksbegehren an?

Was Österreich braucht, ist ein gesundes, modernes und von parteipolitischen Mißbräuchen freies Rundfunkwesen.

Die ÖVP wird daher unmittelbar nach Arbeitsaufnahme des neuen Parlaments die Neuordnung des Österreichischen Hörfunks und des Fernsehens im Sinne des Volksbegehrens durch einen diesbezüglichen Initiativantrag im Parlament einleiten.

Die Sozialisten haben sowohl die seinerzeitigen ÖVP-Reformvorschläge für Hörfunk und Fernsehen abgelehnt – was letzlich der Grund für das Volksbegehren war – und sie haben dann das Volksbegehren verschleppt, so daß es bis zu der von der SPÖ herbeigeführten Parlamentsauflösung zu keiner Einigung kam.

Unter Vorwegnahme der neuen Volksfront erklärte schon 1965 der SPÖ-Abgeordnete Kratky: „Rundfunk und Fernsehen sind für uns Machtfragen … Wir werden nicht darauf verzichten, den Klassenkampf im Rundfunk und Fernsehen zu führen.“

Die ÖVP wird dem Volksbegehren nichts schuldig bleiben.

Sie wird den Willen der 832.000 Unterzeichner des Volksbegehrens respektieren.

In diesem Sinne erklärte Altbundeskanzler Doktor Gorbach am 18. November 1965 namens der Österreichischen Volkspartei im Parlament:

„Die ÖVP wird im neugewählten Nationalrat unmittelbar nach dessen Zusammentreten einen Initiativantrag zur Reorganisation von Rundfunk und Fernsehen einbringen, der den Grundsätzen des Volksbegehrens entsprechen und dem Willen der 832.000 Unterzeichner dieses Volksbegehrens Rechnung tragen wird.

Die ÖVP wird damit aber das Anliegen der Unterzeichner des Volksbegehrens nicht nur zu einer Sache der ÖVP machen, sondern wird alle anderen im Nationalrat vertretenen Parteien zur Mitwirkung an dieser Initiative einladen.

Die ÖVP wird für die nächste Gesetzgebungsperiode in der Frage der Verwirklichung der Grundsätze des Rundfunk-Volkbegehrens keinerlei Bedingungen eingehen.“

Der Wähler fragt:

Was will die ÖVP tun, um Österreichs Chancen in Europa wahrzunehmen?

Die ÖVP wird unmittelbar nach Arbeitsaufnahme der neuen Regierung und des neuen Parlaments auf beschleunigten Abschluß unserer Verhandlungen mit der EWG drängen.

Die Österreichische Volkspartei wird dafür Sorge tragen, daß das Abkommen mit der EWG in vollem Einklang mit Österreichs Status der immerwährenden Neutralität und mit seinen Staatsvertrags-Verpflichtungen steht.

Die ÖVP unterstützt die Teilnahme Österreichs an der wirtschaftlichen Integration Europas, um unsere Exportmärkte zu sichern und das weitere Andauern der Benachteiligung Österreichs auf wichtigen Exportmärkten zu verhindern.

Während die Wachstumsrate der österreichischen Gesamtexporte 1958/64etwas über 58% erreichte, betrug das Wachstum der österreichischen Exporte in den EWG-Raum für die gleichen Jahre nur mehr 51%.

Neben der Erhaltung der bestehenden Exportmärkte strebt die ÖVP durch einen EWG-Vertrag aber auch die Teilnahme Österreichs an der gesamten Dynamik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.

Die ÖVP wird dafür eintreten, alle Chancen wahrzunehmen, Österreichs wirtschaftliche Beziehungen mit der EWG auf Dauer vertraglich zu regeln.

Sie sieht darin eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung eines dauernden Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung und des steigenden Wohlstandes des österreichischen Volkes.

Der Wähler fragt:

Wie stellt sich die ÖVP die Lösung des Wohnungsproblems vor?

Eine gerechte und soziale Neuordnung der Wohnungswirtschaft hat für die kommende Legislaturperiode Vorrang auf der Tagesordnung der ÖVP.

Die Österreichische Volkspartei strebt eine Generalreform der Wohnungswirtschaft vor allem deshalb an, weil Teillösungen nicht zielführend sein können.

Die ÖVP wird daher besonders verlangen:

Verstärkte Heranziehung privater Mittel für den Wohnungsneubau durch Maßnahmen wie:

\*Verstärkte Förderung des Bausparens

\*Erhöhung der als Sonderausgaben absetzbaren Steuerfreibeträge zugunsten der Familienmitglieder

\*Erhöhung der als Sonderausgaben absetzbaren Steuerfreibeträge, die für Leistungen der Wohnungswerber an gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen oder an Vereinigungen gewährt werden, deren Aufgabe die Schaffung von Wohnraum ist, zugunsten der Familienmitglieder.

Vereinheitlichung der verschiedenen Arten der öffentlichen Wohnbauförderung, um für alle Fonds und alle Wohnungswerber gleiche Bedingungen zu schaffen.

Erleichterung der Verwendung von kommerziellen Krediten für den Wohnbau durch Zinsenzuschüsse aus öffentlichen Mitteln.

Von der Objekt- zur Subjektförderung

Die ÖVP wird gesetzliche Maßnahmen zur Neuordnung bei der Finanzierung von Wohnungsneubauten im Rahmen einer gesamten Neuregelung der Wohnungswirtschaft beantragen, durch welche die soziale Stellung, die finanzielle Leistungskraft und der Familienstand der Wohnungswerber berücksichtigt wird.

Das derzeit geltende System der Objektförderung nimmt auf soziale Erwägungen keine Rücksicht.

In Zukunft soll die Person des Förderungswerbers im Mittelpunkt stehen, seine Einkommensverhältnisse, seine Familienverhältnisse, vor allem die Zahl seiner Kinder.

Die Wohnbauförderung soll durch eine Novellierung der gesetzlichen Bestimmungen wieder zur Unterstützung der sozial und wirtschaftlich Förderungswürdigen zurückgeführt werden.

Bei der Förderung in der Wohnungswirtschaft soll durch Novellierung der entsprechenden Bestimmungen das Subjekt mit Vorrang vor das Objekt treten, in Zukunft soll mit Vorrang der Mensch bzw. die Familie bei der Wohnraumbeschaffung unmittelbar unterstützt und gefördert werden.

Die ÖVP verlangt die familiengerechte Wohnung als eine wesentliche Voraussetzung gesunder Familien.

Die ÖVP wird darauf bestehen, daß im Rahmen der Neuregelung der Wohnungswirtschaft bei aus öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen junge Familien und Obdachlose mit Vorrang vor allen anderen zu berücksichtigen sind.

Die ÖVP tritt aber auch für die Erhaltung und Modernisierung des bestehenden Wohnraums ein, weil auch größte Anstrengungen beim Wohnungsneubau die Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt nicht beseitigen können.

Um vorhandenen Wohnraum nutzbar zu machen, wird die ÖVP dafür sorgen, daß leerstehende und leerwerdende Wohnungen und Geschäftslokale unter bestimmten Voraussetzungen und bei Aufrechterhaltung des Kündigungsschutzes nach freier Vereinbarung vermietet werden können.

Die ÖVP wird zur Verhinderung der Spekulation mit aus öffentlichen Mitteln erbauten Eigentumswohnungen und Eigenheimen die Kündigung von öffentlichen Darlehen an solche Wohnungen verlangen, die mit Gewinn weitervermietet werden.

Eine Reform der Wohnungswirtschaft wird besonders die Voraussetzungen dafür zu schaffen haben, daß vermietete, aber leerstehende Wohnungen dem Wohnungsmarkt zugeführt werden und dem Unwesen der Ablösen und anderer ungerechter und unsozialer Auswirkungen des derzeitigen Systems der Boden entzogen wird.

Der Wähler fragt:

Wie will die ÖVP Steuerermäßigungen ermöglichen?

Dank der Wirtschaftspolitik der ÖVP hat sich das österreichische Sozialprodukt seit der Stabilisierung des Schillings im Jahr 1952 verdoppelt.

Mit den heutigen Löhnen und Gehältern kann man um 89% mehr kaufen als im Jahr 1952.

Das ist auch international gesehen ein beachtlicher Erfolg.

Damit diese Entwicklung, die einen früher unbekannten allgemeinen Wohlstand brachte, auch für die Zukunft gesichert bleibt, bedarf es verstärkter wirtschaftspolitischer Bemühungen auf der Basis eines umfassendes Wachstumskonzeptes.

1. In ihrem Konzept wird die ÖVP auf die Realisierung ihres Programmes für eine dauerhafte Lösung der Gesamtprobleme der Verstaatlichten Industrie im Rahmen der Marktwirtschaft drängen, um die Wirtschaftlichkeit und damit die Arbeitsplätze in diesen Unternehmungen zu sichern.

Aus diesem Grund wird sie alle partei-und machtpolitischen Ambitionen der Sozialisten auf diesem Sektor zurückweisen.

Vor allem bei den unterkapitalisierten Betrieben werden alle Möglichkeiten des Kapitalmarktes wahrzunehmen sein.

2. Die ÖVP wird für die Verwirklichung ihres, den allgemeingültigen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit entsprechenden Sanierungsprogrammes für die Österreichischen Bundesbahnen eintreten, durch das die Defizite der Bundesbahnen beseitigt werden.

Dieser größte österreichische Wirtschaftskörper hat ein von Jahr zu Jahr um hunderte Millionen steigendes Defizit, das seit 1945 bereits auf insgesamt 36.000 Millionen Schilling angewachsen ist.

Das diesjährige Defizit allein beträgt pro Kopf der Bevölkerung – einschließlich Baby und Greis – rund 500 Schilling.

3. Die ÖVP wird mit allen Mitteln die beschleunigte Annahme der Wirtschaftswachstumsgesetze verlangen, um durch verstärkte Investitionstätigkeit nicht nur die Vollbeschäftigung zu sichern, sondern um auch die unerläßlichen Voraussetzungen für die weitere Steigerung der Einkommen, Löhne und Gehälter sowie der Pensionen und Renten zu schaffen.

4. Die ÖVP wird Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung ergreifen, um dadurch auf allen Sektoren des öffentlichen Lebens größere Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erreichen.

Die ÖVP schlägt dazu folgende Maßnahmen vor:

\*Vereinfachung der Rechtsvorschriften

\*Zusammenlegung von Dienststellen und Aufhebung entbehrlicher Ämter

\*Anwendung moderner Rationalisierungsmaßnahmen und Stärkung der Eigenverantwortung in der öffentlichen Verwaltung

\*Personalausgleich zwischen überbesetzten und unterbesetzten Dienststellen

\*Verwirklichung des Leistungsprinzips in der öffentlichen Verwaltung durch eine leistungsgerechtere Entlohnung

5. Reform der Umsatzsteuer

Nach Maßgabe der Gesundung und des Wachstums der österreichischen Volkswirtschaft durch alle diese Maßnahmen wird die ÖVP neuerlich Reformen im Einkommen-(Lohn-)steuersystem durch Milderung der Steuerprogression fordern.

Die ÖVP wird ferner durch eine gerechtere Familienbesteuerung und den Ausbau der Beihilfenzahlungen ihr Programm des Familienlastenausgleichs weiter ausbauen.

Die ÖVP wird in verstärktem Ausmaß die Entwicklung aller Gebiete Österreichs durch eine sinnvolle und dynamische Regionalpolitik fördern.

Dadurch wird der wirtschaftliche Rückstand benachteiligter und von Entvölkerung bedrohter Gebiete beseitigt werden.

Die ÖVP wird für die Aufstellung eines Energieplanes eintreten, der auch die Voraussetzung für die Lösung des Kohlenproblems ist.

Echte Steigerung der Einkommen, Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen kann nur eine wirklich wachsendende Wirtschaft bringen.

Die Behinderung einer wirkungsvollen Wachstumspolitik durch die Sozialisten hat den Schilling geschwächt.

Die wichtigste Maßnahme zum Schutz des Schillings ist die Belebung des Wachstums der österreichischen Volkswirtschaft:

Für jeden Schilling, der zusätzlich verdient wird, müssen auch die zusätzlichen Waren oder Dienstleistungen vorhanden sein, die damit angeschafft werden können.

Das Wirtschaftswachstum wird durch eine stabile Währung erleichtert.

Die ÖVP wird daher gleichzeitig mit einer wirkungsvollen Wachstumspolitik verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung des Preisauftriebes unternehmen.

Der Wähler fragt:

Was will die ÖVP tun, um die Renten und die Pensionen zu sichern?

Die ÖVP wird ihren mit der Einführung der Pensionsdynamik beschrittenen Weg mit der echten Sicherung der Renten und Pensionen auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Renten und Pensionen werden nur durch eine gesunde Wirtschaftspolitik gewährleistet.

Daher wird die ÖVP für alle Österreicher im Alter auch in Zukunft sowohl durch ein verstärktes Wachstum der Wirtschaft wie auch durch die Geldwerterhaltung sorgen.

Nur eine gesunde Volkswirtschaft garantiert eine gesunde Sozialversicherung und gibt unseren Alten, Kranken, Hinterbliebenen und den Kriegsopfern die Gewähr, daß ihre Ansprüche zuverlässig erfüllt werden.

Defizitwirtschaft, Überforderung des Staatshaushaltes und Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gefährden die Staatszuschüsse zu sozialpolitischen Leistungen.

Nur das Wirtschaftskonzept der ÖVP kann die Renten und Pensionen unserer Alten weiterhin sichern.

Der Wähler fragt:

Was will die ÖVP unternehmen, um das persönliche Eigentum zu schützen und zu fördern?

Was Österreich braucht, ist mehr persönliches Eigentum für seine Bürger.

Persönliches Eigentum stärkt die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Existenzsicherheit des einzelnen Staatsbürgers gegenüber jeder Bevormundung durch das Kollektiv.

Die ÖVP wird sich nicht nur für die Erhaltung und den Schutz bestehenden persönlichen Eigentums einsetzen, sondern auch für die verstärkte Förderung bei der Bildung von persönlichem Eigentum.

Sie wird durch ihre Politik für das persönliche Eigentum und eine weite Eigentumsstreuung immer mehr Staatsbürger zu Besitzenden machen.

Dank der Eigentumspolitik der ÖVP gibt es schon heute in Österreich:

über 50.000 Besitzer von Eigentumswohnungen und -lokalen

viele tausende Besitzer von Volksaktien im Nominalwert von 300 Millionen Schilling

über 220.000 Besitzer von Bausparbriefen

viele tausende Besitzer von Lebensversicherungen mit einer Summe von 16.000 Millionen Schilling

fast die Hälfte aller im Vorjahr fertiggestellten Wohnungen wurden von Privatpersonen errichtet

rund 2 von 5 Wohnungen sind Eigenheime

über 7 Millionen Sparbuchbesitzer mit Einlagen von über 66.000 Millionen Schilling

Die ÖVP will nicht nur die Realeinkommen erhöhen sondern allen Bürgern den Erwerb und Besitz von persönlichem Eigentum (Haus, Wohnung, Sparkonto, Versicherung, Wertpapiere, besonders Volksaktionen usw.) ermöglichen, um allen Sicherheit und soziale Unabhängigkeit zu bieten.

Der Wähler fragt:

Was plant die OVP für Straßen und Autobahnen?

Gegen den Widerstand der Sozialisten hat Bundeskanzler Raab im Jahre 1953 den Ausbau der österreichischen Autobahnen durchgesetzt.

Noch vor der Reisesaison 1966 wird die Autobahnstrecke Salzburg-Wien durchgehend befahrbar sein.

335 km Autobahn sind fertiggestellt.

135 km Autobahn sind derzeit in Arbeit.

Jeder Kilometer Autobahn bringt mehr Sicherheit, mehr Wirtschaftlichkeit, mehr Zeit-und Kostenersparnis für alle Autofahrer und darüberhinaus für die gesamte Bevölkerung.

Die ÖVP fordert im Interesse der Wirtschaft, der Autofahrer und des Fremdenverkehrs:

1. Rasche Fertigstellung der Bauvorhaben auf der West-und Südautobahn.

Großzügige Fortsetzung der begonnenen Arbeiten auf der Südautobahn, auf der Tiroler-Autobahn und auf der Rheintal-Autobahn.

Baldige Inangriffnahme der Tauernautobahn und der weiterer Autobahnstrecken in Wien und Umgebung.

2. Verbreiterung und Verbesserung der bestehenden 9000 km Bundesstraßen durch frostsichere Beläge, Ausschaltung gefährlicher Engstellen, Kreuzungen, Ortsdurchfahrten und schienengleicher Bahnübergänge.

3. Beschlußfassung des Nationalrates in der nächsten Legislaturperiode über den Bericht der Bundesstraßenverwaltung für den Ausbauzustand der Bundesstraßen und vermehrte Bauleistung [?] im Straßenbau im nächsten Jahrzehnt

Auf guten Straßen in eine schöne Zukunft!

Der Wähler fragt:

Wie will die ÖVP das freie Bauerntum erhalten und stärken?

Was Österreich braucht, ist ein freies, gesundes, leistungs- und konkurrenzfähiges Bauerntum.

Die ÖVP wird auch in Zukunft die Land- und Forstwirtschaft als einen unentbehrlichen Teil der Volkswirtschaft behandeln; sie wird weiterhin für die Erhaltung und Stärkung des freien Bauerntums eintreten, dessen Rückgrat der bäuerliche Familienbetrieb ist.

Die ÖVP wird sich für die unbefristete Verlängerung des Landwirtschaftsgesetzes ebenso einsetzen, wie für die unbefristete Verlängerung des Marktordnungsgesetzes, damit Preis und Absatz der heimischen Agrarprodukte gesichert sind.

Durch eine Strukturpolitik, deren Ziel die größtmögliche Zahl gesunder Betriebe ist, wird die ÖVP den in der Land-und Forstwirtschaft Tätigen die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft ermöglichen und das soziale Gefälle weiterhin abbauen.

Sie wird ferner für die Lösung offener Sozialprobleme wie Verbesserung der LZVG, Reformen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und gerechte Behandlung der bäuerlichen Kriegsopfer eintreten.

Die ÖVP wird ferner die Hebung des Bildungsniveaus und die Intensivierung der Berufsausbildung durch Verbesserung der Unterrichtseinrichtungen auf dem Lande sowie die gesetzliche Regelung des land-und forstwirtschaftlichen Schulwesens zur Förderung der bäuerlichen Jugend verlangen.

Die ÖVP wird sich für die Bereitstellung von ausreichenden Förderungsmitteln zur Errichtung der Ziele des Landwirtschaftsgesetzes und zur Anpassung der österreichischen Land-und Forstwirtschaft an die Entwicklung im europäischen Wirtschaftsraum ebenso wie für die nachhaltige Förderung des Bergbauerntums einsetzen.

Der Wähler fragt:

Wie steht die ÖVP zum Schutz unserer Neutralität?

Was Österreich braucht, ist Schutz durch ein einsatzbereites Bundesheer.

Die ÖVP wird im Interesse der immerwährenden Neutralität Österreichs, des Schutzes der Republik und ihrer Bürger die Einsatzbereitschaft des österreichischen Bundesheeres sichern und das Zustandekommen des Landesverteidigungsplanes vorantreiben.

Sie betrachtet die immerwährende Neutralität, die von der Volksvertretung durch einen autonomen Gesetzgebungsakt freiwillig übernommen und in der Bundesverfassung verankert wurde, als Grundlage der österreichischen Außenpolitik.

Eine dieser Neutralitätsverpflichtung entsprechende starke Landesverteidigung ist ein wesentlicher Bestandteil einer konsequenten Neutralitätspolitik.

Die ÖVP hält eine klare, der Verfassung ebenso wie den militärischen Erfordernissen entsprechende Regelung des Verfügungsrechtes über das Bundesheer als Voraussetzung für dessen sofortige Einsatzbereitschaft für dringend notwendig.

Die ÖVP wird auf das Zustandekommen des Landesverteidigungsplanes drängen, um durch Zusammenfassung der notwendigen Bestimmungen auf militärischem und zivilem Gebiet auch bei internationalen Krisensituationen die wirtschaftliche Weiterentwicklung und die allgemeine Lebensordnung weitestmöglich fortführen zu können.

Der Wähler fragt:

Wie will die ÖVP den Vorrang wichtiger Staatsausgaben sichern?

Die ÖVP fordert zur bestmöglichen Verwendung der öffentlichen Mittel eine längerfristige Budgetpolitik, in deren Rahmen folgende Maßnahmen zu treffen sein werden:

\*Reihung der Forderungen an den Staat nach ihrer staatspolitischen Wichtigkeit

\*Anpassung der Ausgaben an die längerfristige Einkommensentwicklung

\*Kontrolle über die konjunkturpolitischen Auswirkungen öffentlicher Aufträge

\*Verhinderung währungsgefährdender Defizite

Im Frühjahr 1965 hat Finanzminister Dr. Schmitz – als ersten derartigen Versuch in Österreich – eine Budgetvorschau für 1966 bis 1968 vorgelegt.

Diese mehrjährige Budgetvorschau ist die Voraussetzung für ein längerfristiges Budgetkonzept und damit für eine vernünftige Budgetpolitik.

Wenn jede wirtschafts-und sozialpolitische Maßnahme in den Rahmen eines längerfristigen Konzeptes eingeordnet wird, dann fällt es leichter, die einzelnen Maßnahmen aufeinander abzustimmen.

Dabei soll vor allem darauf Bedacht genommen werden, daß die einzelnen Vorhaben sich den gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen – stetiges Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und gerechtere Einkommensverteilung ohne Gefährdung der Kaufkraft der Währung – unterordnen.

Im Interesse der gesamten österreichischen Volkswirtschaft – vornehmlich aller Steuerzahler – ist es eine der vordringlichsten Aufgaben der ÖVP, auf der vom Finanzminister bereits vorgelegten Budgetvorschau aufbauend, durch ein längerfristiges Budgetkonzept ein Mittel für eine vernünftige, vorausblickende, verantwortungsbewußte Budgetpolitik zu schaffen.

Der Wähler fragt:

Was ist und was will die Aktion 20?

Aktion 20 ist das Kennwort für eine moderne politische Arbeitsmethode, mit der die Österreichische Volkspartei an die Lösung der öffentlichen Probleme herangeht.

Die allgemeine Entwicklung macht diese Arbeitsmethode zu einem Gebot der Gegenwart, wenn wir die Zukunft meistern wollen.

Die Probleme der Zeit enthalten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in größerem Umfang wissenschaftliche Aufgaben.

Die Politik braucht die Wissenschaft, um in vielen Fragen die richtige Sicht zu gewinnen.

Die Wissenschaft braucht die Politik, sollen ihre Erkenntnisse in der allgemeinen Entwicklung rechtzeitig zur Geltung kommen.

Dabei ist es angesichts des raschen Tempos der Veränderungen unerläßlich, den Blick weit voraus in die Zukunft zu richten.

Mit der Bildung solcher Arbeitsteams von Politikern und Wissenschaftern wurde auf Initiative des Bundesparteiobmannes der Österreichischen Volkspartei, Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, im Anschluß an den am 8. April 1965 abgehaltenen Bundesparteitag begonnen.

Eine Bilanz der Arbeiten dieser ersten Monate wurde am 14. Jänner 1966 der Öffentlichkeit vorgelegt.

Die Arbeiten im Rahmen dieser Aktion gehen ohne Rücksicht auf den Wahltermin weiter.

Sie sollen – das ist ihr Ziel – im Laufe der Zeit unser öffentliches Leben zunehmend mit einem neuen Geist befruchten, einem Geist, der not tut, soll unser Vaterland den Prüfungen der Zukunft gewachsen sein.

Vorausblicken

Gefahren meistern

Chancen nützen

Dazu will die Aktion 20 im Interesse Österreichs beitragen.

Österreichs Platz in Europa von morgen sichern, von der Zukunft nicht überrollen lassen.

Diese Aufgabe hat sich die Aktion 20 gesetzt.

Die Österreichische Volkspartei will mit der Aktion 20 Grundlagen für ihre politische Arbeit schaffen, die für die heute und morgen zu lösenden Probleme und Aufgaben notwendig sind.

Der Wähler fragt:

Wie soll es nach dem 6. März weitergehen?

Zu dieser Frage erklärte Bundeskanzler Dr. Josef Klaus am 6. Dezember 1966 vor dem Bundesparteirat der Österreichischen Volkspartei:

1. Die Österreichische Volkspartei will eine arbeitsfähige Regierung und ein entscheidungsfähiges Parlament.

2. Die Österreichische Volkspartei wird nie und in keiner wie immer gearteten Form mit der Kommunistischen Partei, mit den Feinden der westlichen Demokratie, der persönlichen Freiheit und des Privateigentums zusammenarbeiten.

3. Die Österreichische Volkspartei wird, wenn sie aus den nächsten Wahlen wieder als stärkste Partei hervorgeht, auf jeden Fall die Sozialisten zur Mitarbeit auffordern.

4. Die Österreichische Volkspartei wird aber eine Sabotage, wie sie Pittermann in dieser Gesetzgebungsperiode praktiziert hat, nicht mehr dulden.

5. Die Österreichische Volkspartei strebt daher nicht einen starren, erdrückenden Koalitionspakt, sondern eine neue, produktive und zielführende Form der Zusammenarbeit an.

6. Unser Ziel ist die Mehrheit: Nicht die Mehrheit, um allein zu regieren, aber die Mehrheit als wirksamste Garantie für eine sachliche und fruchtbare Zusammenarbeit.

7. Wenn die Wähler das bestehende Kräfteverhältnis zwischen den beiden großen Parteien im wesentlichen unverändert lassen, dann müssen sie sich im klaren darüber sein, daß Österreich dann im Falle einer neuerlichen Sabotage der Zusammenarbeit wieder schwere und letzten Endes wieder nur durch Wahlen lösbare innenpolitische Auseinandersetzungen bevorstehen.